

Ausländische Institutionen lehnen Zusammenarbeit ab

Fehlende Anerkennung erschwert Ausland-Erfahrungen

Pflege-Studierende profitieren vom Blick über die Landesgrenze. Doch für Höhere Fachschulen ist es schwierig, Partnerschaften mit ausländischen Institutionen aufzugleisen. Nun fordern Politikerinnen und Politiker Verbesserungen.

Für angehende Pflegefachpersonen sind Erfahrungen in ausländischen Spitälern und Schulen äusserst bereichernd. Das Berner Bildungszentrum Pflege (BZ) mit Standorten in Bern und Thun unterhält deshalb Partnerschaften mit zahlreichen Gesundheitsinstitutionen in verschiedenen Ländern und tauscht mit ihnen Studierende aus. Doch neue Kontakte zu knüpfen sei regelmässig mit einem langwierigen Prozess verbunden, sagt Petra Bourkia, Leiterin der Fachstelle Internationales und Diversität. «Die Verantwortlichen im Ausland erwarten national anerkannte Diplomabschlüsse», macht Bourkia die Erfahrung. Kantonale Abschlüsse würden allgemein mit der Sekundarstufe in Verbindung gebracht.

Dass bei Höheren Fachschulen in der Schweiz nur die einzelnen Bildungsgänge anerkannt sind, nicht aber die Schule als solches, sei sehr anspruchsvoll zu kommunizieren, sagt die Fachstellenleiterin. Sie lädt die Verantwortlichen jeweils nach Bern ein, um ihnen die Pflegeausbildung und das Schweizer Bildungssystem vor Ort zu erklären. «Der Aufwand ist riesig», sagt Bourkia. Dennoch kann sie verstehen, dass die potenziellen Partner genau hinschauen. Auch sie überprüft die Qualität ausländischer Institutionen jeweils gründlich, bevor sie eine neue Zusammenarbeit einget.

Trotz der grossen Bemühungen haben diverse Institute in England, Skandinavien und anderen europäischen Staaten eine Partnerschaft abgelehnt. «Schade», findet Petra Bourkia. Denn gerade die britischen und skandinavischen Gesundheitssysteme seien aufgrund ihrer innovativen Ansätze bei den Studierenden sehr gefragt. «Das Schweizer Gesundheitswesen profitiert stark von den Erfahrungen, welche angehende Pflegefachpersonen von einem Auslandsaufenthalt mit nach Hause bringen.»

Verwirrende Situation

Mit ihren Erfahrungen ist die Mitarbeiterin des BZ Pflege nicht allein. Die meisten der rund 150 Höheren Fachschulen in der Schweiz stossen immer wieder auf Probleme aufgrund ihres komplizierten rechtlichen Status. Dass sie nicht als Schulen eidgenössisch anerkannt sind, erschwert die Zusammenarbeit mit Hochschulen im In- und Ausland. Zudem sind HF-Absolventinnen und HF-Absolventen mit Vorbehalten konfrontiert, wenn sie sich bei Hochschulen oder Firmen im Ausland oder bei internationalen Unternehmen in der Schweiz bewerben. Auch ist es für Studierende aus dem Ausland schwierig, von ihren Ländern Stipendien für Höhere Fachschulen zu erhalten. Manchmal verweigern ihnen sogar Schweizer Behörden die Aufenthaltsbewilligung, weil sie mit dem Status der Höheren Fachschulen nicht vertraut sind.

Politiker von links bis rechts fordern Verbesserungen

Diese Hemmnisse wollen die Höheren Fachschulen nun endlich aus dem Weg räumen. Und sie erhalten Unterstützung aus der Politik. Im März hat die Basler SP-Ständerätin Anita Fetz zusammen mit acht Mitunterzeichnenden verschiedener Parteien eine Motion eingereicht, welche vier Forderungen beinhaltet: Höhere Fachschulen sollen die Möglichkeit haben, sich als Institution anerkennen zu lassen; gleichzeitig soll die eidgenössische Anerkennung von Bildungsgängen und Nachdiplomstudien beibehalten werden. Der Bezeichnungsschutz soll zudem garantieren, dass sich nur Schulen mit mindestens einem eidgenössisch anerkannten Bildungsgang Höhere Fachschule nennen dürfen. Weiter sollen die Diplome künftig vom Bund unterzeichnet und mit dem eidgenössischen Wappenlogo versehen werden. Das Anliegen zur Stärkung der Höheren Fachschule wird auch von der Kommission Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats (WBK-N) klar unterstützt: Am 25. Mai wurde eine entsprechende Kommissionsmotion ohne Gegenstimme angenommen. Der Ständerat unterstützte am 6. Juni die Motion mit 31 zu 6 Stimmen.

«Die Höheren Fachschulen mit eidgenössisch anerkannten Bildungsgängen müssen im In- und Ausland klar als Teil der Schweizerischen Berufsbildung erkennbar sein», verlangt Fetz. Schliesslich würden Höhere Fachschulen hochqualifizierte Fachkräfte hervorbringen und massgeblich zur Stärke der Schweizer Bildungslandschaft beitragen.

Wirtschaft soll weiterhin mitreden

Den Vorstoss begrüsst auch Franziska Lang-Schmid, Präsidentin der Schweizerischen Konferenz Höhere Fachschulen. «Im internationalen Wettbewerb sind die Höheren Fachschulen stets unnötig benachteiligt», sagt Lang-Schmid. Auf keinen Fall wolle man sich aber den Status der Fachhochschulen anmassen, betont sie. Es sei auch nicht das Ziel, beliebig Lehrgänge in Eigenregie zu konzipieren. Auch künftig werde der Bedarf nach Studiengängen in enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaft ermittelt. Die Rahmenlehrpläne, welche das Berufsbild und die Handlungskompetenzen festlegen, würden weiterhin von den Organisationen der Arbeitswelt und den Schulen gemeinsam entwickelt, stellt die Präsidentin klar. «Wir wollen lediglich die Probleme mindern, mit denen unsere Schulen tagtäglich konfrontiert sind.»

Wichtiger Player in der Berufsbildung

In der Schweiz gibt es rund 150 Höhere Fachschulen, deren Bildungsgänge vom Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) überprüft werden. Pro Jahr erwerben rund 8500 Personen ein HF-Diplom und weitere 1400 bilden sich in einem Nachdiplomstudiengang HF weiter. Die Höheren Fachschulen gehören wie die Hochschulen zur Tertiärstufe des Schweizer Bildungssystems. In der Schweizerischen Konferenz Höhere Fachschulen sind acht Berufsbereiche vertreten: Technik, Gesundheit, Wirtschaft, Hotellerie-Restoration/Tourismus, Land- und Waldwirtschaft, Soziales/Erwachsenenbildung, Künste/Gestaltung/Design sowie Transport/Verkehr.

